

Mein Bibelwort zur Corona-Schlagzeile

NZZ 16.04.20 – Ezechiel 34,16:

«Was verloren gegangen ist, werde ich suchen, und was versprengt worden ist, werde ich zurückholen, und was gebrochen ist, werde ich verbinden, und was krank ist, werde ich stärken.»

Impfstoff: Zum Glück ist die Pharmabranche fit wie kaum ein anderer Wirtschaftssektor Seite 10

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 16. April 2020 · Nr. 88 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · € 4.90



In Dresden wurde am Mittwoch ein Drive-in-Corona-Test-Center für Angestellte des öffentlichen Dienstes eröffnet. MITTWOCH/REUTERS/ALFRED

Deutschland wählt den sicheren Pfad

Vorsichtige Lockerungen der Massnahmen gegen die Corona-Pandemie beschlossen

CHRISTOPH PRANTNER, BERLIN

Das neue Hoffungsdatum für viele Deutsche ist der 4. Mai: Ab dann könnten die Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Deutschland in grösserer Stil zurückgenommen werden. Bis dahin wollen Bund und Länder den Weg aus der Krise nur in kleinen bemessenen Schritten gehen. Darauf haben sich am Mittwoch die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Bundesländer in einer mehr als vierstündigen Videokonferenz verständigt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte dabei einige Mühe, eine geschlossene Position herzustellen. Wer sich eine genaue Wegbeschreibung in Richtung Normalität für die gesamte Bundesrepublik erhofft hatte, wurde enttäuscht. Es gab eher eine grob gezeichnete Landkarte mit viel unversessenem Territorium und einigen Interpretationsspielraum für die Länder. Merkel zeigte sich dennoch zufrieden mit der Einigung: «Wir haben ein hohes Mass an Einheitlichkeit erreicht, was für einen föderalistischen Staat schon ein Wunder ist.»

«Alltagsmasken» empfohlen

Die Beschlüsse, sagte Merkel, seien mit «äusserster Vorsicht» gefasst worden. Der «zerbrechliche Zwischenerfolg» in der Bekämpfung der Pandemie dürfe nicht gefährdet werden. Deshalb bleibe nicht nur die Kontaktsperre für die Bürger bis zum 4. Mai bestehen, ihnen werde zusätzlich auch der Gebrauch von «Alltagsmasken» beim Einkaufen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln dringend empfohlen. Bisher war in Deutschland davon eher abgeraten worden – mit dem Argument, dass solche Masken die Verbreitung von Viren gar noch befördern könnten.

Was ab kommenden Montag unter Berücksichtigung hygienischer Vorsichtsmassnahmen wieder möglich sein soll, ist die Öffnung von Geschäften mit

Flächen bis zu 900 Quadratmetern, Aufmachen dürfen auch Buch-, Auto- und Fahrradhandläder sowie Bibliotheken, Zoos und botanische Gärten. Friseurkürchen ab dem 4. Mai – mit speziellem Vorschichtsmassnahmen – wieder im Geschäft sein. Geschlossen bleiben dagegen weiterhin Restaurants, Bars sowie Gottes- und Freizeidienste. Grossveranstaltungen sind bis zum 31. August keine zugelassen. Ob die Fussballbundesliga ihre Saison zu Ende spielen darf, ist noch offen.

Ab dem 4. Mai sollen auch Abschlussklassen in Schulen und Berufsschulen den Unterricht wieder aufnehmen, das Abitur dürfte stattfinden. Die Kultusminister müssen zudem ein Konzept vorlegen, wie

Viele kleine Schritte und ein grosses Ego

Kommentar auf Seite 9

das mit den erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen möglich sein soll. Es geht dabei um die Frage von ausreichend grossen Klassenräumen, um Pausenkonzepte und um den Schülertransport. Grundschulen und Kitas bleiben dagegen bis auf weiteres zu. Die Schulfrage war der strittigste Punkt zwischen einzelnen Bundesländern. Nordrhein-Westfalen hatte jüngst angekündigt, den gesamten Schulbetrieb ab kommender Woche wieder aufnehmen zu wollen. Unter anderem Bayern und Baden-Württemberg sprachen sich vehement dagegen aus.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte nach der Einigung in Berlin: «Ich freue mich, dass wir den vorsichtigen Weg gewählt haben und keine unkontrollierte Exit-Strategie.» Das konnte ohne weiteres als Spitze gegen seinen Amtskollegen in Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, gedeutet werden, der für eine rasche Normalisierung eintritt. Auch in der Sitzung

am Mittwoch sollen die beiden Unionspolitiker wieder heftig aneinandergeraten sein. Wie bei den Schulen will Söder auch bei der Öffnung von Geschäften in Bayern einen vorsichtigen Sonderweg gehen und nicht alle sofort öffnen lassen.

Weiterhin Grenzkontrollen

Bereits am Mittwochmorgen war beschlossen worden, dass es bis zum 4. Mai weiterhin auch Kontrollen an den Grenzen zu einigen Nachbarländern geben soll. Einzelheiten dazu wollte Innenminister Horst Seehofer (CSU) mit den Ministerpräsidenten vereinbaren. Seit einem Monat werden die Grenzen zu Österreich, Frankreich, Luxemburg, Dänemark und der Schweiz überwacht. An den Übergängen nach Belgien und in die Niederlande wird nicht kontrolliert.

Am 30. April wollten die Ministerpräsidenten und die Bundesregierung über weitere Lockerungen beraten, erklärte Merkel. Möglich ist aber auch, dass Lockerungen wieder zurückgenommen werden, wenn sich der jüngst vom Robert-Koch-Institut festgestellte «positive Trend» bei den Neufallzahlen mit dem Coronavirus nicht verfestigen sollte.

In Vorfeld der Entscheidung hatte sich ein Bericht der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina als akademischer Rohrkrepierer erwiesen. Auf 19 Seiten sollten 26 renommierte Wissenschaftler konkrete Handlungsempfehlungen für den Weg aus dem Krisenmodus geben. Nach vier Ostern bezeichnete Merkel deren Stellungnahme als medizinischer, ökonomischer, verfassungsrechtlicher und psychologischer Sicht als «sehr wichtig» für ihre Entscheidung. Tatsächlich liess der Bericht unter einem eklatanten Mangel an praktischer Umsetzbarkeit. Vor allem im Bereich Schulen und Kitas gab es heftige Kritik der Lehrer und Kultuspolitiker. Als Grundlage für einen Kompromiss mit den Bundesländern war das Papier nicht zu gebrauchen.

Wenige Patienten auf Intensivstationen

Bundesrat könnte das Operationsverbot lockern

Die befürchtete Überlastung der Spitäler wegen des Coronavirus ist ausgeblieben. Doch es gibt ein neues Problem: Wichtige Medikamente sind knapp.

LARISSA RHYN, TOBIAS GAFAER

Lange waren die Coronavirus-Patienten eine grosse Unbekannte für die Schweizer Spitäler. Diese mussten mit einem plötzlichen Ansturm rechnen – und verzichteten daher auf Geheiss des Bundesrats auf viele Operationen, die nicht unmittelbar lebensnotwendig waren. Doch nun geht nicht nur die Zahl der Ansteckungen zurück, sondern auch jene der Hospitalisierungen. Die grosse Unbekannte wird berechenbarer.

Heute wird der Bundesrat den Plan für die schrittweise Lockerung der Corona-Massnahmen bekanntgeben. Dabei könnten auch weniger dringliche Operationen – sogenannte Wahlkneifgriffe – ein Thema werden. Denn die Spitäler klagen bereits über Einbusen in Millionen. Viele mussten für einen Teil des Personals Kurzarbeit anmelden, einzelnen könnte gar der Konkurs drohen. Vor allem kleine und mittelgrosse Einrichtungen trifft der Patientenaussfall hart.

Die meisten Betten bleiben leer

«Wir sind gut zur Hälfte leer», sagt Urs Birchler, interimistischer Direktor des Spitals Einsiedeln. Er sitzt im Verwaltungsrat mehrerer Spitäler und gilt als einer der besten Kenner der Branche. Das Spital Einsiedeln hat zwar eine Etage für Covid-19-Patienten reserviert. Laut Birchler waren aber nie mehr als drei oder vier Personen gleichzeitig anwesend. Wie andere kleine Spitäler hat Einsiedeln keine Intensivstation. Die Situation sei wohl exemplarisch, sagt Birchler. «Je ländlicher ein Spital ist, desto weniger Covid-19-Patienten hat es.» Es gebe immer mehr freie Kapazitäten. Birchler hofft deshalb, dass der Bund das Verbot rasch lockert, gerade für Landspitäler. Damit ist er nicht allein: Der Spitalverband H+ hat schon vergangene Woche bei Bundesrat Alain Berset für eine Lockerung lobbyiert.

Auch Kantons- und Universitäts-spitäler teilen auf Anfrage mit, dass die meisten ihrer Betten leer bleiben – inklusive derjenigen, die für Covid-19-Patienten reserviert sind. Der erwartete Engpass bei den Intensivstationen ist ausgeblieben. Die Zahl der Hospitalisierungen wegen des Coronavirus nimmt ab. Am Dienstag waren laut dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) rund 3000 Covid-19-Patienten im Spital, 400 von ihnen werden intensivmedizinisch betreut. Die Unterschiede zwischen den Spitalern sind gross, doch Knappheit herrscht nirgends. Am stärksten belegt sind noch immer die Intensivstationen in Tessin. Doch nachdem die Betten zwischendurch knapp gewesen waren, hat sich die Lage inzwischen entspannt. Vergleichsweise stark ausgelastet ist auch das Unispital Lausanne. Dort ist über die Hälfte der 60 Beatmungsplätze, die für Coronavirus-Patienten

reserviert sind, belegt. Deutlich weniger, nämlich 19 von 60 Covid-19-Intensivbetten, sind es im Unispital Zürich. Im Basler Unispital müssen weniger als zehn am Coronavirus erkrankte Patienten beatmet werden. Die Kantonsspitäler St. Gallen, Luzern und Aarau sind ebenfalls schwach ausgelastet.

Der Spielraum ist ausgereizt

Wenn der Staat die Spitäler für ihre Ausfälle entschädigen würde, ginge es um riesige Summen. Aber die finanziellen Einbusen sind nicht das einzige Problem. Schon jetzt gibt es Staus bei Operationen und Vorsorgeuntersuchungen. Die derzeitige Anordnung des Bundesrats lautet: Alle Eingriffe, die nicht dringend sind, sollen verschoben werden. Bei der Auslegung haben die Spitäler jedoch etwas Spielraum. Viele sagen, sie hätten diesen bereits ausgereizt und führen wieder mehr Operationen durch. Nicolas Drechsler vom Unispital Basel erklärt, das liege auch daran, dass beispielsweise in der Onkologie die Dringlichkeit zunehme: «Eine

Corona-Krise

Bekämpfung: Hürden für den Einsatz von Smartphones sind hoch. Seite 12
Bewältigung: Online-Dating erlebt kürzesten Boom. Seite 15
Covid-19-Kritik: So schreckt der Covid-19-Bericht ab. Seite 17

Brustkrebspatientin kann zwar einige Wochen auf eine Operation warten, aber je früher sie behandelt wird, desto besser.» Vielorts bereitet man sich schon heute auf mögliche Lockerungen vor. Das Unispital Zürich und die Kantonsspitäler im Aargau und in St. Gallen begründen dies damit, dass die Wiederaufnahme von Leistungen viel Zeit in Anspruch nehme. Eine Sprecherin des Zürcher Unispitals sagt, es handle sich vorerst nur um Szenarien – noch würden die Covid-19-Stationen nicht zurückgebaut.

Während bei den Intensivbetten Entwarnung gegeben wird, sind inzwischen manche Narkose- und Schmerzmittel knapp geworden, wie die Zeitungen der TX Group berichten. Bund und Kantone rechnen mit langanhaltenden Lieferproblemen. Enea Martinelli, Chefapotheker im Berner Oberland, sagt: «Die Lage wird über längere Zeit angespannt bleiben, auch wenn das Virus weniger aktiv ist.» Dies bestärkt das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung.

Die Lieferengpässe betreffen nicht nur Coronavirus-Patienten. Martinelli sagt, dieselben Medikamente würden auch für andere Patienten benötigt. Man könne Wähleroperationen nicht beliebig lange verschieben. «Diese Eingriffe sind in der Regel nicht nur nice to have, sondern werden dringender: je länger man wartet.» Daher sei Kreativität gefragt. «Die Ärzte müssen jetzt Lösungen finden und bei Bedarf auf andere Narkosemittel ausweichen.»

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 2581111, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 1000, www.nzz.ch
Wetter: 30, Traueranzeigen: 14, Impressum: 30



Pfr. Andrea Marco Bianca – bianca.ch/kirche/corona
Reformierte Kirchgemeinde Küssnacht – rkk.ch